Beschluss (vorläufig) Forderungen der GJ Waldshut Tiengen an Kandidat*innen zur Landtagswahl 2021

Gremium:	Aktiventreffen GJ Waldshut vom 01.03.2020
Beschlussdatum:	01.03.2020

Antragstext

Verkehr

- Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke zwischen Waldshut und Erzingen sowie die komplette Elektrifizierung der Hochrheinbahn. Ebenso die dauerhafte Wiederbelebung der Wutachtalbahn zwischen Blumberg und Waldshut durch den Bau von Bahnsteigen, Bahnschranken und entsprechenden Ampeln.
- Schaffen von ausreichend P+R Parkplätzen
- einen 30 Minuten Takt für die Regionalbahn von 6 bis 20 Uhr und in den Randzeiten 4-6 Uhr und 20-24 Uhr einen 60 Minuten Takt auf der Hochrheinbahn.
- Eine kostenlose App für alle Fahrgäste um den Umstieg zu anderen Verkehrsmitteln anzumelden. Dies beinhaltet sowohl Busse als auch Züge. Bei einer Verspätung muss die*der Fahrer*in des vorgemeldeten Verkehrsmittels bis zu 5 Minuten warten.
- Direkte Umstiegsmöglichkeiten von den Zügen auf Anschlussbusse.
- Fahrradwege pendler*innentauglich und kontinuierlich ausbauen. Bisher sind häufig nur tourist*innentaugliche "Höhenwege" vorhanden, um effizient voran zu kommen müssen häufig trotzdem gefährliche Landstraßen genutzt werden
- Ausbau der Bundesstraße B34 mit einem Stadttunnel unter Waldshut
- Bau von Innovativen Lärmschutzmaßnahmen an den Schienen und Straßenwegen

Naturbildung

- Bei der Bepflanzung öffentlicher Grundstücke müssen heimische Obstgehölze und Sträucher verwendet werden; keine leblosen Tuja Hecken; Pflanzen mit essbaren Früchten sollen vorrangig gepflanzt werden
- Schulgarten-Projekte müssen ebenso unterstützt werden, Lehrer*innen sollten langfristig Wochenstunden für eine Schulgarten-AG bekommen sowie für die Anschaffung von Bepflanzung Gelder zu Verfügung gestellt bekommen.
- Um ein besseres Verständnis für die eigenen Nahrungsmittel zu entwickeln, soll jede*r Schüler*in die Möglichkeit bekommen, ein Landwirtschaftspraktikum zu machen. Zudem ist anzustreben, dass jede Klasse sowohl einen Konventionellen als auch einen Biohof besichtigt.

Landwirtschaft

- Verstärkte finanzielle Unterstützung für die Erhaltung/ Schaffung von Strukturen und Landschaftselementen, bspw. Sollten wertvolle Streuobstbäume anstelle mit 2,5 € zukünftig mit 25€ pro Baum und Jahr gefördert werden

- Stärkere Anreize für eine Fruchtfolge und verbesserte Bodenökologie. (bspw Förderungen für Kulturen wie Soja, Linsen und Mischfrüchte sowie der Förderung der Konservierenden Landwbewirtschaftung)

- Schaffung einer Weidetierprämie von 50€ pro Mutterschaf und Jahr, denn Wanderschäfer leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft

- Dialog beim Thema Wolf

Umweltschutz

- Bebauugunsverbot für Streuobstwiesen ab einer Fläche von 1500 Quadratmetern

- Flächenverbrauch drastisch reduzieren, zum Beispiel durch Verbot des Neubaus einstöckiger Gebäude (siehe Einkaufsmärkte, die mit ihren Parkplätzen und Bungalow-Bauten meist über 3000m² beanspruchen)

- Bürgerbeteiligte Photovoltaik und Windkraft -Projekte unterstützen (zum Beispiel durch Schaffung von Anlaufstellen die die Planung und Begleitung solcher Projekte unterstützen)

- Novelierung der Abstandsregelung maximal auf die zweifache Höhe

- Um die Energiewende voranzutreiben müssen Programme vermehrt Anreize für dezentrale Photovoltaikanlagen schaffen, dazu müssen auch Kommunen angesprochen und unterstützt werden.

Bauen

- Bei der Schaffung von neuem Wohnraum sollte zukünftig verstärkt auf eine flexible Nutzung geachtet werden, sodass bspw. die Wohnung verkleinert werden kann, wenn die Kinder ausziehen

- Zur Umsetzung des Verbots von sog. "Schottergärten" entsprechend §9 der Landesbauordnung muss die Landesregierung aufgefordert werden sich aktiv an die einzelnen Kommunen zu wenden. Zentral muss erreicht werden, dass auch in der kommunalen Bauordnung und Ausschreibungen das Verbot für Schottergärten verankert wird. Zudem sollen Bauunternehmen aufgefordert

bis sanktioniert werden die Realisierung von Schottergärten nicht mehr anzubieten.

- Generationenprojekte anregen, alte Menschen ermuntern ihr Haus mit Studierenden zu teilen.
- Bei Neubauten sollte die Effizienzklasse Energieeffizienzhaus 50 als Mindestmaß gelten.
- Des weiteren sollte der Einbau von heimischem Bauholz Vorrang haben, da Holz im Gegesatz zu Beton bei der Produktion CO_2 aufnimmt und nicht CO_2 produziert

Vereine

- Vereine können einen entscheidenden Teil dazu beitragen Jugendliche vor Extremismus zu schützen und politisch zu sensibilisieren. Damit dies noch besser gelingen kann muss die Landesregierung noch mehr die Vereine bei der Extremismusprävention unterstützen.

Solidarität

- Als GRÜNE JUGEND stehen wir für eine Solidargemeinschaft, die offen für alle und in der jede*r gleich ist. Leider begegnen Schwule, Lesben, trans- und queerpersonen häufig latenter oder offener Diskriminierung. Um gerade Jugendlichen eine Möglichkeit zu geben, sich jemandem anzuvertrauen, falls sie Hilfe benötigen, wollen wir eine Anlaufstelle für die lgbtq+ Community schaffen. Denn in unserer Gesellschaft sollten alle lieben dürfen, wen sie wollen.

Begründung

Der vorgelegte Entwurf wurde größtenteils aus den Forderungen der GJ Breisgau-Hochschwarzwald übernommen und an die Lage im Landkreis Waldshut angepasst.